

# VSW.Kompakt

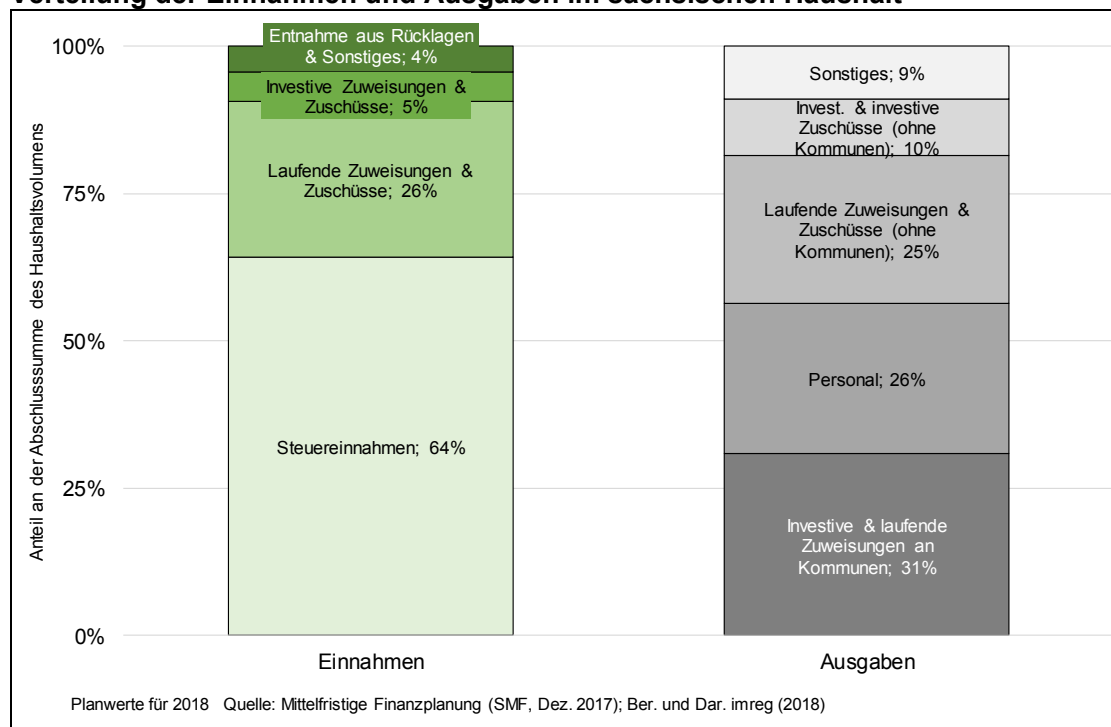
## Freistaat muss an die Zukunft denken – Haushaltsspielraum für Schuldenabbau und Stärkung der Mittelschicht nutzen

- Sachsens Haushalt profitiert von steigender Steuerquote und hohen Zuweisungen
- Freistaat konsumiert auf hohem Niveau, Investitionen für Mittelschicht geboten
- Mehrbedarf bei Lehrern und Polizisten durch effizientere Verwaltung kompensieren

### Steigende Steuerquote und externe Zuweisungen tragen Sachsens Haushalt

Ohne Zweifel stellen zunehmende Stundenausfälle und Lehrerengpässe an Schulen sowie die steigende Kriminalität gerade in Großstädten und grenznahen Gebieten Herausforderungen dar, um die sich der Freistaat als staatliche Kernaufgaben kümmern muss. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass man sich von den notwendigen Personalplänen nach und nach verabschiedet.

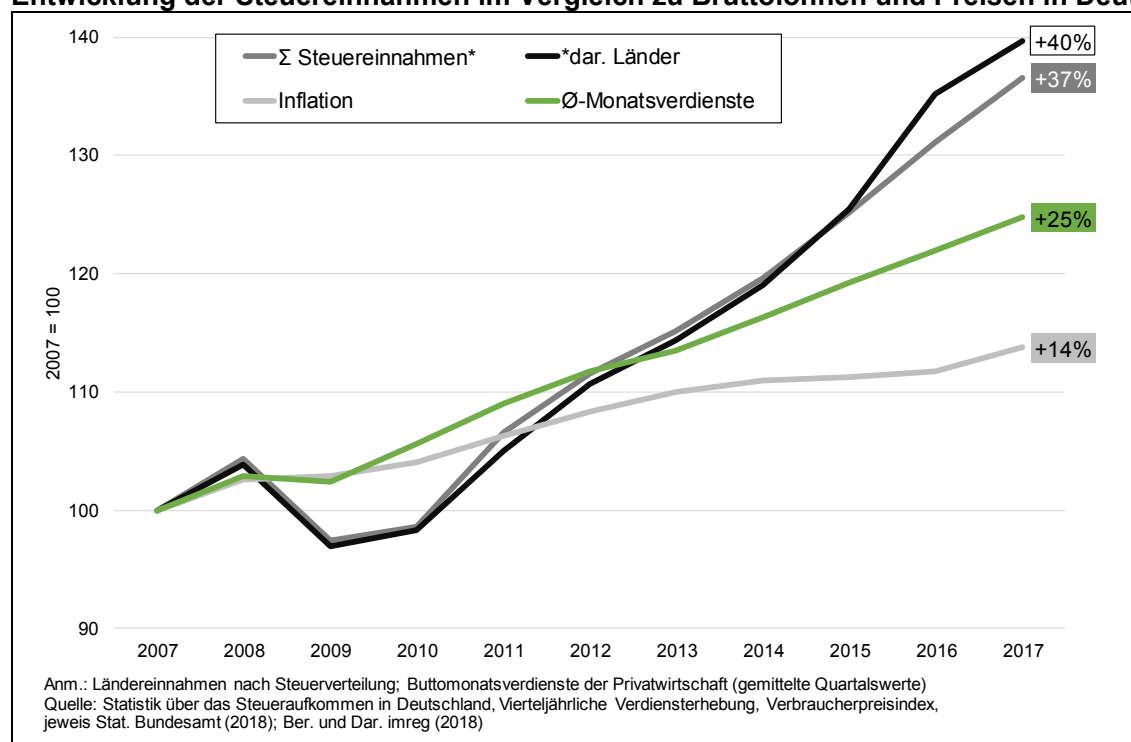
### Verteilung der Einnahmen und Ausgaben im sächsischen Haushalt



So plant der Freistaat Sachsen inzwischen, seinen in den vergangenen Jahren aufgestockten Personalbesatz von derzeit rund 86.500 Mitarbeitern zu halten, statt – wie ursprünglich geplant – den überdurchschnittlichen Umfang des öffentlichen Dienstes an das bundesweite Niveau anzupassen. Der Freistaat verfügt derzeit zwar über eine vermeintlich gute Haushaltslage. Diese wird aber erstens durch die konjunkturelle Sondersituation mit hohen Wachstumsraten bei niedrigen Zinsen, zweitens die wachsende Belastung der Mittelschicht mit Steuern und Abgaben sowie drittens von nach wie vor hohen externen Zuweisungen – die aber absehbar rückläufig sind – ermöglicht.

Dabei ist eine Fortsetzung der guten Konjunktur angesichts weltweit eskalierender Handelsstreitigkeiten und eingetrübter Rahmenbedingungen deutlich fragiler geworden. Die Deutsche Bundesbank hat ihre Wachstumsprognosen für 2018 bereits um ein Viertel gekappt. Auch steigt ausgehend von der Zinswende in den USA der Druck auf die EZB für eine geldpolitische Straffung, wodurch perspektivisch die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte in Europa wieder zunehmen wird.

### Entwicklung der Steuereinnahmen im Vergleich zu Bruttolöhnen und Preisen in Deutschland

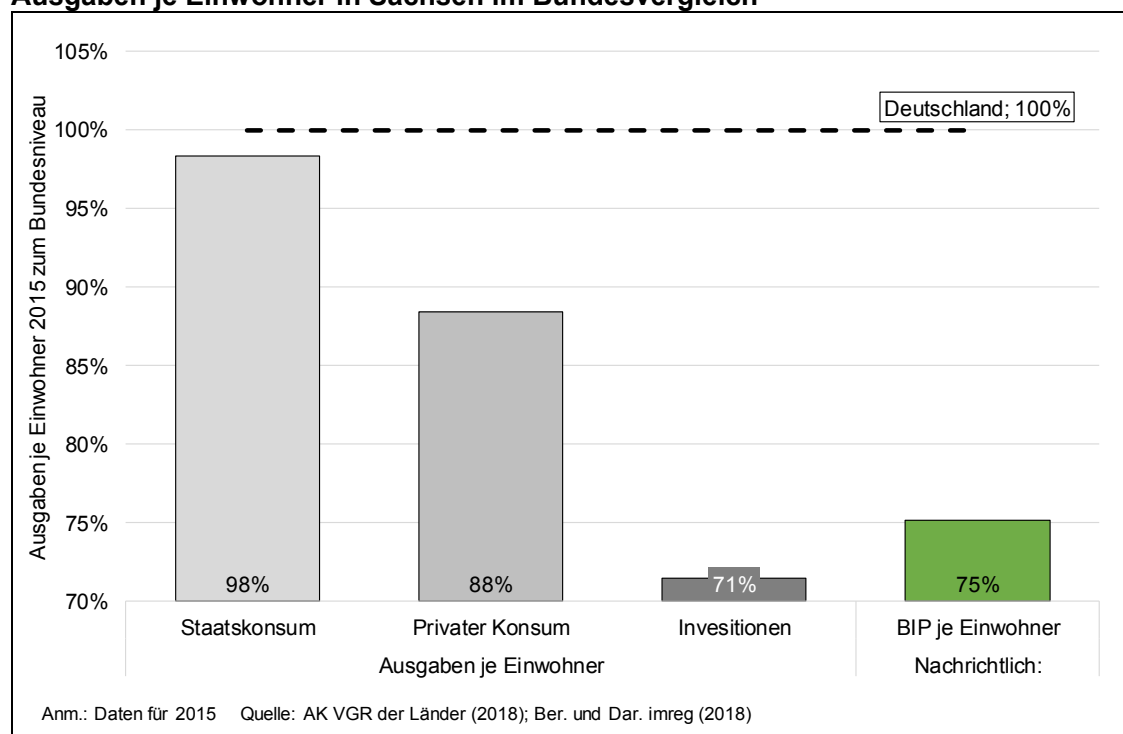


Zudem mahnt sogar die OECD angesichts einer im weltweiten Maßstab Rekordabgabenbelastung der Mittelschicht endlich Entlastungen in Deutschland an. Die kalte Progression führt stattdessen dazu, dass die Abgabenquote sukzessive steigt und der Staat der größte Profiteur des Aufschwungs ist. So greift der Spitzensteuersatz in Deutschland bereits bei 54.950 EUR, womit immer mehr Durchschnittsverdiener in diesen Bereich kommen. Beispielsweise verdient ein deutscher Industriefacharbeiter im Mittel 46.000 EUR pro Jahr, womit dieser nicht mehr weit vom steuerrechtlichen „Spitzenniveau“ entfernt ist.

## Freistaat konsumiert auf hohem Niveau, Investitionen für Mittelschicht geboten

Dass sich trotz der immer stärkeren Belastung der Mittelschicht zunehmend Probleme in den staatlichen Kernaufgaben Bildung, Sicherheit und Infrastruktur zeigen, ist politisch kaum zu vermitteln. Das heißt aber nicht, dass in Sachsen ein konsumtiver Nachholbedarf aufgrund einer „rigorosen Sparpolitik“ – wie fälschlicherweise zum Teil unterstellt wird – existiert. So liegen die staatlichen Konsumausgaben je Einwohner im Freistaat fast auf Bundesniveau, während die gesamtwirtschaftlichen Investitionen sowie die Wirtschafts- und Steuerkraft jeweils deutlich zurückliegen.

### Ausgaben je Einwohner in Sachsen im Bundesvergleich



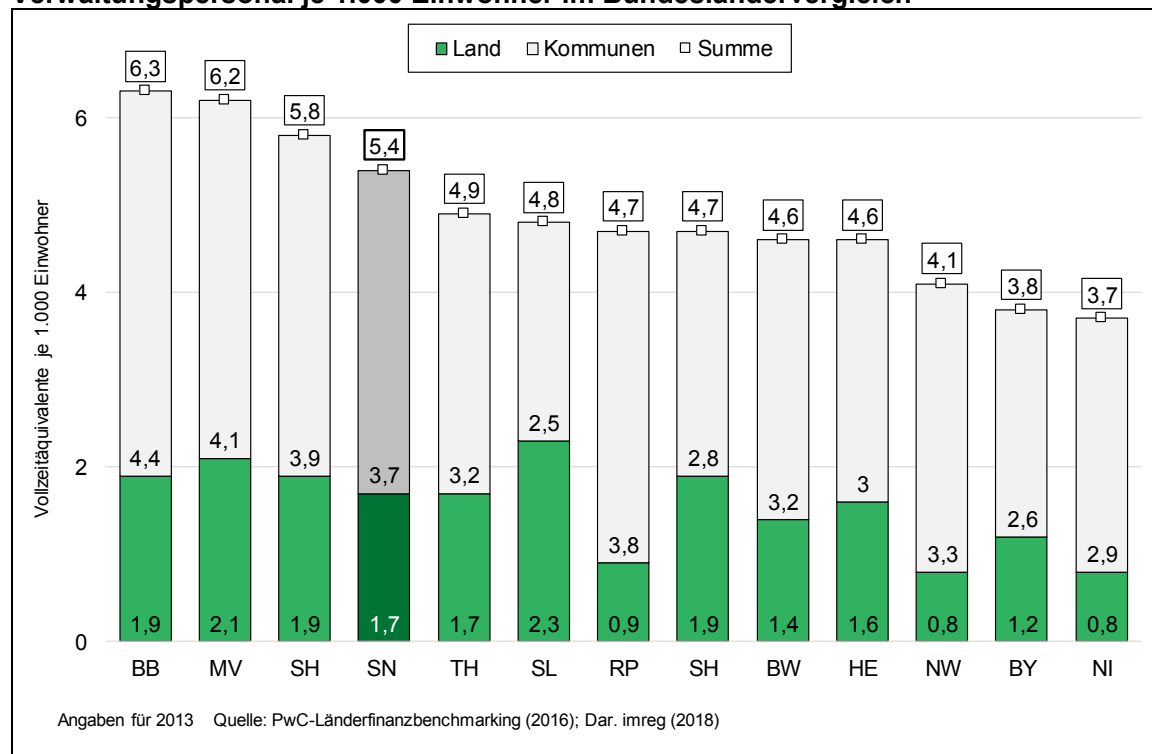
Der Freistaat muss angesichts dieses Umfeldes auf eine Fiskalpolitik setzen, die Flexibilität bewahrt und wachstumsfördernde Rahmenbedingungen schafft. Zuerst ist der Schuldenabbau fortzusetzen, um trotz sinkender externer Zuweisungen künftige Haushaltsspielräume zu sichern. Weitere Mittel sind konsequent für die Unterstützung von Arbeitnehmern und Firmen einzusetzen, welche den Aufschwung und die Rekordsteuereinnahmen ermöglicht haben. Ansätze hierfür gäbe es mit Blick auf überdurchschnittliche Gebühren und Gewerbesteuersätze sowie den Investitionsbedarf bei der Bildungs-, Daten- und Verkehrsinfrastruktur genügend.

Keinesfalls darf stattdessen die vermeintlich komfortable Haushaltssituation dazu verführen, den Personalbestand des öffentlichen Dienstes insgesamt und undifferenziert auszuweiten. Eine solche Politik würde den Handlungsspielraum auf Landesebene nachhaltig einengen, zumal wichtige externe Zuweisungen von EU und Bund absehbar zurückgehen und sich mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen die Finanzkraft zwischen einnahmestarken und einnahmeschwachen Bundesländern vergrößern wird.

## Mehrbedarf bei Lehrern und Polizisten durch effiziente Verwaltung kompensieren

Ohne entsprechende Umverteilungen im konsumtiven Bereich droht Sachsen damit seine Handlungsspielräume für Investitionen und Entlastungen zu verlieren, die für den weiteren wirtschaftlichen Aufholprozess aber zentral sind. Daher müssen die notwendigen Mehrausgaben für Polizisten und Lehrer durch eine höhere Effizienz in anderen Bereichen kompensiert werden.

### Verwaltungspersonal je 1.000 Einwohner im Bundesländervergleich



Beispielsweise weist Sachsen überdurchschnittlich viel Verwaltungspersonal auf. Auf Einwohner gerechnet gibt der Freistaat Sachsen mehr als das Doppelte des Freistaates Bayern an der Stelle aus, während die Ausgaben der bayerischen und sächsischen Kommunen in diesem Bereich etwa gleich sind. Das PwC-Länderfinanzbenchmarking kam daher bereits 2016 zum Ergebnis, dass „die neuen Länder [...] künftig auch weiterhin vor der Aufgabe stehen, ihre personelle Ausstattung im Bereich ‚Politische Führung und zentrale Verwaltung‘ an das Niveau der alten Länder heranzuführen.“

Angesichts eines im aktuellen Doppelhaushalt 2017/2018 weiter gestiegenen Personalausgabenanteils – bei gleichzeitig sinkender Investitions- und stagnierender Bildungsausgabenquote – agiert der Freistaat unverständlicherweise in eine andere Richtung. Schon von 2012 bis 2016 stürzte der Frei-

staat infolge der geänderten fiskalischen Schwerpunkte vom dritten auf den zehnten Rang aller Bundesländern im Nachhaltigkeitsindex der Länderfinanzen ab. Sachsen droht den Spielraum, den die solide Haushaltspolitik lange Zeit ermöglichte, damit sukzessive zu verlieren.<sup>1</sup>

Die Menschen im Land verlangen zurecht, dass mit ihren Steuern richtige fiskalische Schwerpunkte gesetzt werden. Das sind Bildung, Sicherheit und Infrastruktur, aber wohl kaum eine Fortschreibung des überdurchschnittlichen Personalbesatzes in der öffentlichen Verwaltung. Zuallererst sollte sich der Freistaat wieder stärker fragen, wo staatliches Handeln notwendig und geboten ist. Außerdem sind Lösungen im eGovernment-Bereich auszubauen, um die Effizienz aber auch Bürgernähe der Verwaltung zu erhöhen. Dabei bieten öffentlich-private Partnerschaften Potentiale, welche stärker gehoben werden müssen. Außerdem ist der Förderbereich zu straffen und die Eigenverantwortung gerade von Kommunen zu erhöhen. Zielstellung muss sein, perspektivisch die Ressourcen in den Landesministerien frei zu machen, die für die Bewältigung realer Herausforderungen im Land benötigt werden.

---

<sup>1</sup> Der Wert für 2015 war noch durch hohe Sachinvestitionen infolge der Überschneidungen durch die EU-Strukturfondsperioden verzerrt.

---